

Pressemitteilung

Sperrfrist: Freitag, 14. September 2001, 9.15 Uhr

Nein zu neuen Steuern – Nein zur schädlichen Kapitalgewinnsteuer

Das überparteiliche Komitee „Nein zur schädlichen Kapitalgewinn-Steuer“ ist gegen die Einführung neuer Steuern und lehnt die Initiative des Gewerkschaftsbundes ab. Diese Steuer ist überflüssig, kompliziert sowie wenig ergiebig und wurde deshalb von sämtlichen Kantonen abgeschafft. Im weiteren würde der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt. An einer Medienkonferenz am 14. September 2001 hat das breitabgestützte und über 130 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zählende politische Komitee seine Argumente präsentiert.

Die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereichte Volksinitiative zur Einführung einer Kapitalgewinn-Steuer verlangt die Besteuerung der Kapitalgewinne auf beweglichem Privatvermögen. Kapitalverluste können dagegen nur beschränkt abgezogen werden. Das breitabgestützte und über 130 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zählende überparteiliche Komitee „Nein zur schädlichen Kapitalgewinn-Steuer“ ist gegen die Einführung neuer Steuern und lehnt die Initiative ab, weil diese Steuer überflüssig, kompliziert sowie wenig ergiebig ist und deshalb von sämtlichen Kantonen abgeschafft wurde. Im weiteren würde der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt.

Die Mitglieder des Co-Präsidiums, Ständerätin Helene Leumann-Würsch (FDP/LU), Nationalrätin Barbara Polla (LPS/GE), Nationalrat Felix Walker (CVP/SG) und Nationalrat Caspar Baader (SVP/BL), haben anlässlich einer Medienkonferenz am 14. September 2001 ihre Argumente gegen die schädliche Kapitalgewinn-Steuer präsentiert.

Das überparteiliche Komitee „Nein zur schädlichen Kapitalgewinn-Steuer“ sagt klar

- Nein zu noch mehr Steuern
- Nein zur Schwächung der Wirtschaft
- Nein zur Kollision mit der Vermögenssteuer und
- Nein zu noch mehr Steuerbürokratie

In den vergangenen zehn Jahren ist die Fiskalquote in der Schweiz um mehr als vier Prozent auf 35 Prozent gestiegen. Besonders betroffen von der erhöhten Steuer- und Abgabenlast wäre einmal mehr der Mittelstand. Die Einführung neuer Steuern steht deshalb quer in der Landschaft. Nach der Sanierung der Bundesfinanzen gilt es nun, die Steuer- und Abgabenbelastung zu reduzieren.

Die Initiative erhöht die Steuerlast jedes Einzelnen. Der Anreiz, Aktien und Beteiligungspapiere zu erwerben resp. zu veräussern, wird vermindert. Der Produktionsfaktor Kapital wird dadurch tendenziell verteuert. Die neue Steuer belastet somit die Wirtschaft.

Zwar kennen im Gegensatz zur Schweiz einige europäische Länder eine Kapitalgewinn-Steuer. Aber vielfach erheben diese Länder zusätzlich zur Kapitalgewinn-Steuer keine Vermögenssteuer! Im Vergleich tragen unsere kantonalen Vermögenssteuern bereits viel mehr zu den gesamten Steuereinnahmen bei als die unterschiedlichsten Kapitalgewinn-

steuern im Ausland. Darüber hinaus werden in zahlreichen Ländern nur die kurzfristigen Kapitalgewinne besteuert.

Schliesslich würde die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer einen enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Alle Steuerpflichtigen hätten faktisch über Jahrzehnte eine umfangreiche und komplizierte Buchhaltung zu führen. Die relativ beschränkte Ertragskraft einer solchen Steuer kann diesen Aufwand keinesfalls rechtfertigen. Nicht zuletzt wegen diesen Schwierigkeiten sowie des geringen Ertrags haben alle Kantone in den vergangenen Jahren die Kapitalgewinnsteuer abgeschafft.

Bern, 14. September 2001

Kontakt:

Barbara Perriard, FDP-Pressechefin, Natel 079 321 90 05

Doris Wobmann, Politische Sekretärin, 031 320 35 35